

Extrablatt „Vorwärts“

Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Nummer 3

Donnerstag, den 9. Januar 1919

Nummer 3

Die Abrechnung naht.

Der Entscheidungskampf.

Die Reichsregierung hat uns Recht verkündet, Spartakus antwortet mit Gewalt. Also muß die Gewalt entscheiden.

Die Regierung hat dem Volk versprochen, daß es am 19. Januar sich nach dem freiesten Wahlrecht der Welt eine Volksvertretung wählen soll. Spartakus will es verbieten. Wollen sehen, ob er es kann!

Die Regierung hat jedem das Recht gegeben, seine Meinung in Wort und Schrift frei zu äußern. Von rechts bis links durfte jeder sagen und schreiben, was er wollte. Spartakus hat den Belagerungszustand wieder hergestellt, hat sich als Oberkommando etabliert, hat die sozialdemokratische Presse unterdrückt und nur für die im Interesse der Reaktion wirkende Presse — zu ihr gehört die „Rote Fahne“ genau so wie die „Arbeitszeitung“ — das Weitererscheinen gestattet. Aber auch das wird vorübergehen.

Die Regierung hat die Sicherheit des Eigentums gegen gewaltsame Eingriffe garantiert. Spartakus raubt und plündert.

Die Regierung sorgt für einen raschen Frieden, Spartakus will einen zweiten Weltkrieg.

Spartakus will die Regierung mit Gewalt stürzen. „Heute noch!“ Vieh, Vieh und Eichhorn haben es dem Stadtkommandanten Fischer in schöner Dürftigkeit erklärt. Warum stürzen? In zwei Wochen würde diese Regierung ganz von selber gehen, wenn sich der Volkswille gegen sie entscheiden sollte. Um sie zu stürzen, dazu bedarf es keiner Maschinenwandre und keiner Handgranaten, keines Leichenhügels in den Straßen Berlins. Es bedarf dazu nur der friedlichen Einwirkung auf die Köpfe — wenn das Volk befehlt, wird die Regierung gehorchen. Aber vor dem Verbrechertum der Straße räumt sie nicht ihren Platz.

So steht der Konflikt, und darum bleiben alle Vermittlungsversuche aussichtslos. Es geht jetzt auf Biegen oder Brechen, das wird wohl jeder schon gemerkt haben, und jeder wird sich des Sprichworts erinnern, daß, wo gehobelt wird, auch Späne fallen.

Was wir erleben, ist entsetzlich traurig und schmachvoll. Aber wir müssen durch, und mit Imperpektivität wird man einer Lage, wie der gegenwärtigen, nicht Herr. Dessen ist sich auch die Reichsregierung vollkommen bewußt, sie weiß, daß sie jetzt nur eine Aufgabe und Pflicht hat: zu siegen!

Wir Sozialdemokraten sind keine Freunde der brutalen Gewalt. Demen, die uns einst „moderne Barbaren“ und „Wandaffen“ nannten, hat einer unserer Dichter mit Recht zugerufen:

Wir sind die Barbaren der Milde,

Wir sind die Wandaffen des Rechts,

Wir führen die Freiheit im Schilde,

Die Freiheit des Menschengeschlechts.

Aber, daß das wahre Barbaren- und Wandaffenentum, das sich in unserem Volk aufgetan hat, mit sanften Redensarten nicht zu bekämpfen ist, sieht jeder ein — heute auch mancher schon, der es gestern noch nicht eingesehen hat. Gegen falsche Meinung richtige Meinung, aber gegen widerrechtliche Gewalt zehnfach stärkere rechtliche Gewalt!

Die Gewalt des Rechts, die Gewalt des Volkswillens zu organisieren, so zu organisieren, daß ihr endgültiger für immer entscheidender Erfolg sicher ist, das ist die Aufgabe, mit der sich die Reichsregierung jetzt beschäftigt. Wir veraten an Spartakisten kein Geheimnis, wenn wir ihnen sagen, daß sie uns den Schlaf abgemöhnt haben, daß wir unausgesetzt arbeiten und daß wir nur noch den einen Gedanken haben, sie so heimzuschicken, daß sie das Wiederkommen vergessen.

Den Umpflichten, die ihr Mäntelchen nach dem Bindehängen, sei gesagt: sie sehen Berlin und Deutschland falsch, wenn sie es aus dem Gesichtswinkel ihres Straßeneckchens beurteilen. Daß Spartakus noch immer in den Straßen Berlins spukt kann, ist Schmach und Schande und Unglück, aber kein Gradmesser für das wirkliche dauernde Kräfteverhältnis. Dieses beruht auf dem Volkswillen, der mit ungeheurer Mehrheit gegen Spartakus steht. Das wird sich in zehn Tagen bei den Volkswahlen zeigen. Da aber Spartakus diese friedliche Probe nicht gelten lassen will, wurde an die Gewalt appelliert, muß sich der Volkswille bewaffnen, um den Angreifer niederzuschlagen.

Demen aber, die heute noch nur aus kindlichen Unverständnis, aber mit ehrlichem Herzen zu Spartakus stehen, sei in letzter Stunde noch der Rat gegeben, beiseite zu treten und die Vertreter unter sich zu lassen. Ja, es sind Vertreter, Vertreter gegen die Revolution, Vertreter gegen die Interessen der Arbeiterklasse, Vertreter gegen die höchsten Güter der Menschheit. Die einen sind es aus unheilbarer Verirrung, die anderen, die machen es aus kaltrechnenden Berechnungen. Lenin sagte, unter hundert Bolschewiks gebe es einen Idealisten, neununddreißig Verbrecher, und sechzig Dummköpfe. Ahnungslose Kinder, trennt Euch von den Verbrechern!

Es wird in den nächsten Tagen hart auf hart gehen! Wir sind um den Ausgang nicht bange. Die Ehre der Revolution und der deutschen Arbeiterklasse, die Freiheit

Aufruf der Regierung.

Mitbürger!

Spartakus kämpft jetzt um die ganze Macht. Die Regierung, die binnen zehn Tagen die freie Entscheidung des Volkes über sein eigenes Schicksal herbeiführen will, soll mit Gewalt gestürzt werden. Das Volk soll nicht sprechen dürfen, seine Stimme soll erstickt werden. Die Erfolge habt Ihr gesehen. Wo Spartakus herrscht, ist jede persönliche Freiheit und Sicherheit aufgehoben. Die Presse ist unterdrückt, der Verkehr lahmgelegt, Teile Berlins sind die Stätte blutiger Kämpfe, andere sind schon ohne Wasser und Licht. Proviantämter werden gestürmt, die Ernährung der Soldaten und Zivilbevölkerung wird unterbunden.

Die Regierung trifft alle notwendigen Maßnahmen, um diese Schreckensherrschaft zu zertrümmern und ihre Wiederkehr ein für allemal zu verhindern. Entscheidende Handlungen werden nicht mehr lange auf sich warten lassen. Es muß aber gründliche Arbeit getan werden, und die bedarf der Vorbereitung. Habt nur noch kurze Zeit Geduld, seid zuversichtlich, wie wir es sind und nehmt Euren Platz entlassen bei denen, die Euch Freiheit und Ordnung bringen werden.

Gewalt kann nur mit Gewalt bekämpft werden. Die organisierte Gewalt des Volkes wird der Unterdrückung der Anarchie ein Ende machen. Einzelerfolge der Feinde der Freiheit, die von ihnen in lächerlicher Weise aufgebaut wurden, sind nur von vorübergehender Bedeutung. Die Stunde der Abrechnung naht!

Berlin, 8. Januar 1919.

Die Reichsregierung.

Ebert. Scheidemann. Landsberg. Noske. Wissell.

der Meinungsäußerung und eine vernünftige Ordnung werden wieder hergestellt werden. Bei der Durchführung des einmal als notwendig erkannten wird es keine Unentschiedenheit und kein Zurückweichen geben. Es gibt nichts: Sie haben es gewollt!

Die Reichsdruckerei zurückgenommen.

Wie uns in später Nachtstunde mitgeteilt wird, ist die Reichsdruckerei, die gestern noch in der Hand der Spartakisten war, gestern nacht von Truppen der Kommandantur ohne Verluste zurückgenommen worden.

Ein Spieß des Oberkommandos regiert im „Vorwärts“-Haus.

Das Vertriebspersonal des „Vorwärts“ erschien gestern Lindenstraße 3, um sich seine Papiere abzugeben. Für Spartakus will es natürlich nicht arbeiten. Als nun unsere Arbeitsgenossen das Kontor betraten, hatten sie Gelegenheit, ein interessantes Wiedersehen zu feiern. Es regiert jetzt nämlich dort ein gewisser Herr Boeningk, der seinerzeit wegen Spießerei im Dienste des Oberkommandos aus dem Vertriebs hinausgeworfen wurde. Boeningk war Hilfsarbeiter in der Druckerei gewesen und mit der Herstellung von Korrekturbüchern beschäftigt. Dabei verschwand mittlerweile besondere Mühe, und unmittelbar darauf griffen sich Polizei und Oberkommando von ihrem Inhalt vollkommen unterrichtet. Es gelang, Boeningk reiflich zu überführen. Er wurde aus dem Vertriebs hinausgewiesen, und appellierte an die Parteinstanzen. Diese fanden das Beweismaterial gegen ihn erdrückend und bestätigten die Entlassung.

Man sieht, von wem und für wen der „Vorwärts“ wieder „erobert“ worden ist.

Die Straße.

Ist es wahr, daß Spartakus die Straße beherrscht? Manche Straßenstelle allerdings mit Maschinenwandre. Aber die geistig regsame, aufgeregte, politisierende Straße, die zu den interessantesten Erscheinungen der Revolution gehört, ganz gewiß nicht. In den Menschenhaufen, die in den Straßen befehligen, in den Proletariatsvierteln, und in ihnen erst recht, hört man nichts anderes als Worte der Erbitterung und der Wut über das Verbrechertreiben, das die Leben Unschuldiger bedroht und den Namen Berlins in der ganzen Welt schändet.

Das Erscheinen des zweiten Extrablatts des „Vorwärts“ wurde mit Jubel begrüßt. Man schlug sich förmlich um die fliegenden Blätter und freute sich darüber, daß die Sozialdemokratie in den Tagen des regierenden Spartakusnachwuchs ebensowenig unterzugehen ist wie in den Tagen des Oberkommandos.

Schändlich aber ist das Benehmen gewisser bürgerlicher Sensationsblätter, die sich ihres Geschäfts wegen ihr Lebensrecht durch „Wohlvverhalten“ gegen Spartakus zu sichern suchen. Sie können natürlich nicht, ohne sich selbst zu ohreigen, das ganze Spartakusche Gedebuch herbei, desto mehr aber machen sie für Spartakus Stimmung, indem sie über seine „Erfolge“ in sensationeller Weise berichten. Auch dieser neue König, der es einstweilen noch gar nicht ist, hatte schon seine Byzantiner. Das Publikum wirft diese Zeugnisse verdächtigster Geschäftstüchtigkeit zerhackt auf den Damast, und jeden Augenblick tritt man auf etwas Weiches. . . .

Ergebnis der gestrigen Verhandlungen

Die Verhandlungen mit der Vermittlungskommission der revolutionären Obleute sind gestern Nachmittag abgelehnt worden. Die Vermittlungskommission überreichte folgendes Schreiben:

Beide Parteien haben sich am Montag, den 8. Januar, grundsätzlich bereit erklärt, die Vermittlung anzunehmen und haben für den Eintritt in die Verhandlungen keinerlei Bedingungen gestellt. Daran haben die Vermittlungskommissionen am Dienstag, den 7. Januar 1919 abends in ihren Sitzungen festgehalten.

Um Vorkriegsbedingungen zu verhindern haben wir, obgleich wir diese Verhandlungen noch nicht als richtig anerkennen, folgendes Vermittlungsvorschlag gemacht: Die Verhandlungskommission der Berliner Arbeiterschaft soll ohne den Beginn der Verhandlungen abzuwarten, veranlassen, daß die bürgerliche Presse sofort freigegeben wird; alle anderen Fragen sollen zum Gegenstand der Verhandlung gemacht werden. Dabei wird bemerkt, daß eine beide Teile befriedigender Ausgleich auch die Herausgabe des „Vorwärts“ sich anschließen würde, die die Verhandlungskommission bereits am 7. Januar zugestanden hat.

Die Verhandlungskommissionen haben trotz schwerer Bedenken, aber von dem Bestreben geleitet, Blutvergießen zu vermeiden, diesem unserem Vermittlungsvorschlag grundsätzlich zugestimmt und sind ermächtigt, folgendes zu erklären: Die Verhandlungskommission der Berliner Arbeiterschaft beschließt die Freigabe der bürgerlichen Presse sofort zu erwirken, sofern die Regierung und der Zentralrat sich bereit erklären, nach Durchführung dieses Beschlusses unverzüglich in die Verhandlungen über die übrigen Fragen einschließlich des „Vorwärts“ einzutreten. Wir unterbreiten den Vermittlungsvorschlag hiermit dem Zentralrat und den Volksbeauftragten und empfehlen die Annahme dringend.

Der Zentralrat ist darauf in Beratung eingetreten und hat der Vermittlungskommission folgendes geschrieben:

Die Vermittlungskommission hat uns folgendes Vorschlag gemacht: Die Vermittlungskommission der Berliner Arbeiterschaft beschließt, die Freigabe der bürgerlichen Presse sofort zu erwirken, sofern die Regierung und der Zentralrat sich bereit erklären, nach Durchführung dieses Beschlusses unverzüglich in die Verhandlungen über die übrigen Fragen einschließlich des „Vorwärts“ einzutreten.

Hierbei war bezüglich des „Vorwärts“ festgestellt worden, daß Verlag, Druckerei und Herausgabe des „Vorwärts“ den bisherigen Inhabern verbleiben sollten.

Auf Grund dieses Vermittlungsvorschlages hat der Zentralrat beschlossen:

Dieser Vorschlag gibt uns keine Grundlage zu weiteren Verhandlungen. Er verstößt gegen die in der Revolution erkämpfte unbeschränkte Pressefreiheit. Der Zentralrat würde die Erfolge der Revolution schädigen, denn die Pressefreiheit ist eine ihrer wichtigsten Errungenschaften. Der Zentralrat, der die Aufgabe hat, die Erfolge der Revolution sicher zu stellen, kann die Pressefreiheit nicht preisgeben.

Der Zentralrat muß deshalb auf seinem früheren Beschluß bestehen bleiben, wonach die Wiederherstellung der unbeschränkten Pressefreiheit die Voraussetzung für weitere Verhandlungen sein muß.

Bei Ueberreichung dieses Schreibens ist von den in der Sitzung anwesenden revolutionären Obleuten der Vorschlag gemacht, unter Ausschaltung der Vermittlungskommission direkte Verhandlungen mit dem Zentralrat zu führen, an denen der Bezirksvorstand der U. S. P. D. teilnehmen solle. Ueber diesen Vorschlag hat der Zentralrat weiter beraten und seinen Entschluß den revolutionären Obleuten wie folgt mitgeteilt:

Der Zentralrat ist bereit, in den revolutionären Obleuten in Verhandlung zu treten. Da an diesen Verhandlungen der Bezirksvorstand der Groß-Berliner Wahlvereine der U. S. P. D. teilnimmt, hält der Zentralrat es für erforderlich, hieran auch den Bezirksvorstand der S. P. D. zu beteiligen.

Hierbei setzt der Zentralrat voraus, daß die revolutionären Obleute die revolutionären Errungenschaften der unbeschränkten Pressefreiheit, welche die Herausgabe des „Vorwärts“ einschließt, vor den Verhandlungen anerkennen und alle Zeitungen freigeben.

Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik.
Leinert.

Wähler, Wählerinnen!

Vergeht nicht, daß in zehn Tagen gewählt wird. Trogt allem und alledem! Bis dahin ist der Kummel längst über. Die Sozialdemokratie kämpft für Freiheit, Rechtsgerechtigkeit, gleiches Recht aller, sozialistische Neuordnung der Wirtschaft, gegen Willkürherrschaft, woher sie auch komme, gegen Unterdrückung und Anarchie!

Zahl am 19. Januar jenen heim, die den Krieg, die Niederlage und ihre schrecklichen Folgen brachten, aber vergeht auch jene nicht, die uns Berliner nach dem Krieg toll des ersehnten Friedens den Bürgerkrieg brachten!

Der 19. Januar muß zeigen, daß Berlin nun erst recht sozialdemokratisch bis auf die Knochen ist!

Schutz dem Eigentum.

Wir Unterzeichnete des Berliner Sicherheitsdienstes erklären hiermit, daß es die Aufgabe des Sicherheitsdienstes ist, jeden Angriff auf privates oder öffentliches Eigentum mit Waffengewalt entgegenzutreten, gleichviel, ob dieser Angriff von Verfassungsverbrechern oder von irgend einer Partei erfolgt.

Auf Grund dieser Erklärung verpflichten wir uns mit unseren Kameraden entsprechend den Anordnungen des Polizeipräsidenten Richter für die Sicherstellung des privaten und öffentlichen Eigentums sowie der persönlichen Freiheit der Bürger einzusetzen.

Charlottenburg, am 8. Januar 1919.

Sekretär: Paul Krüger. Unterschrift: Smolka, Kanzow.

Was wir von einer Besetzung Deutschlands zu erwarten haben.

12-Stundentag und Zwangsarbeit.

Aus Köln erreichen und Informationen, daß dort die Besetzungstruppen der Entente den 12-Stundentag eingeführt und 60 Pfg. Stundenlohn als Norm festgesetzt haben. Das Streifen ist verboten. Wer sich weigert, unter den schlagenden Bedingungen Arbeit anzunehmen, wird militärisch festgenommen und in das ehemalige Kampfgebiet in Nordfrankreich abtransportiert, um dort zwangsweise an der Wiederherstellung des Landes zu arbeiten.

Das tolle Wüten der Spartakisten in Berlin bringt uns die Gefahr eines Vormarsches der Entente auf deutsches Gebiet in unmittelbare Nähe. Dann haben wir für unser Land all die Errungenschaften der Revolution zerstört und unsere Arbeiter müssen unter den harten Händen des Siegers sich ducken und zur Fronarbeit abtransportieren lassen. Das wäre schließlich der traurige Erfolg des Scheitels, das jetzt ganz Deutschland in Terror, Berrichtung und Anarchie zu versetzen zu dürfte.

Berücksichtigung Deutschlands.

Der rollende Rubel.

Der Spartakusbund hat in Deutschland eine ungemessene und weitverzweigte Propaganda für den Bolschewismus entfaltet. Geld spielt dabei keine Rolle mehr. Die russischen Agenten haben Millionen zur Verfügung gestellt und mit diesem Geld soll Deutschland verflucht und vernichtet werden. Tausende von Rednern ziehen, mit unbeschränktem Geldmitteln ausgerüstet, ins Land, Millionen von Mägen werden jeden Tag für die Zertrümmerung der besten Hoffnungen unseres Volkes ausgegeben.

Deutschland soll der Knecht Rußlands werden. Mit blutiger Gewalt soll jede freie Regierung, jedes offene Wort, jede abweichende Gesinnung, jeder freie Gedanke eingeschlagen werden. Haben wir uns damals von der Willkürherrschaft des alten Junkerregiments befreit, um uns jetzt den viel fürchterlicheren schwereren blutigeren Druck des Bolschewismus auszuweichen? Nein! Wir wollten leben, frei leben, als freies Volk! Und wir schwören, daß wir diesen Willen nicht aufgeben werden, wir wollen mit dem ganzen Volke gemeinsam die starken Ketten schmieden, die die Anker unserer Hoffnung tragen sollen.

Vorwärts, auf die Schanzen, Arbeiter! Auf zum Kampf gegen die Verachtung Deutschlands mit bolschewistischem Geiz und bolschewistischen Ideen! Alles was Gefühl für Männlichkeit, Stolz und Verantwortlichkeit in der Brust trägt, rufen wir auf: Gewalt gegen Gewalt zu sehen! Wir wollen kein Lothaus in Deutschland.

Wir wollen Freiheit, Frieden und Brot!

Bersuchter Butsch auf Siemens.

Gestern Mittag wurde ein Putsch auf das Hauptverwaltungsgebäude der Siemenswerke versucht. Ein mit 8 Soldaten und 2 Bomben besetztes Lastauto fuhr dort vor, von denen zwei Mann unter einem Vorwande sich Eintritt in das Gebäude verschaffen. Hier erklärten sie, der ganze Betrieb und sämtliche Büros müßten augenblicklich geräumt werden. Er sei von nun an als im Besitze von Spartakus zu betrachten. Hierbei suchten sie mit Armeegewehren an sich und drohten, wenn ihnen nicht gleich Folge geleistet würde, nachmittags mit Maschinengewehren wiederzukommen. Trotz der Drohungen mit den Revolvern griffen beherzte Arbeiter zu und vertrieben die beiden Eindringlinge, nachdem sie ihnen eine gründliche Tracht Prügel verabreicht hatten. Besonders der eine von den beiden war erheblich verletzt. Von ihren Genossen wurden die beiden Herausgeworfen auf das Auto genommen, das danach die Flucht ergriff, indem nach hinten mit Revolvern gefeuert und zwei Angestellte der Siemenswerke ziemlich erheblich verletzt wurden. Sofort rief der Betrieb militärische Hilfe herbei, die ihm auch zugesagt wurde und es bildete sich ebenfalls eine Besonderewehr, um das Gebäude zu verteidigen. Es zeigt sich hier wieder einmal deutlich, wie sehr es nötig ist, die hinter der Regierung stehenden Beamten und Arbeiter in großen Betrieben zu bewaffnen.

Aufhebung der Blockade bei Einigung über den Schadenersatz.

Eigener Drahtbericht.

H. N. Haag, 8. Januar. Aus London wird gemeldet: Nach hier aus New York eingetroffenen Nachrichten hat das Staatsdepartement bekannt gegeben, es stehe auf dem Standpunkt, daß die wirtschaftlichen Zwangsmassnahmen Deutschland gegenüber gemildert werden müssen, wenn man annehmen kann, daß Deutschland den von den Alliierten verlangten Schadenersatz leisten kann. Es wird sogar behauptet, man müsse die Blockade rückgängig machen, noch bevor der Friedensvertrag unterschrieben sei. Bei Veröffentlichung dieser Ansichten weist das Staatsdepartement darauf hin, daß die Vereinigten Staaten in dieser Beziehung bisher ihre Meinung nicht geändert hätten, weil von den anderen Ländern immer behauptet wurde, die Vereinigten Staaten sprächen nur zum Vorteil Deutschlands. Weiter wird angeführt, daß England und Frankreich, wenn sie von Deutschland Schadenersatz wünschen und weiterhin verlangen, daß die Demokratie in Deutschland aufrecht erhalten und weiter ausgedehnt werden soll, nicht in der Durchsetzung weiterer Pläne fortfahren können, die die wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands in sich bergen.

Neuer Kommandant von Berlin.

Wie wir erfahren, ist Leutnant Fischer von der Leitung der Kommandantur zurückgetreten und befindet sich in der Reichskanzlei. Seinen Posten hat der bisherige Kommandant von Potsdam Biesfeldweber alsbald übernommen.

Die Regierungstruppen halten es für ihre Hauptaufgabe, zunächst die Regierungsgebäude und Bahnhöfe unter allen Umständen zu halten und Plünderungen zu verhindern.

Strassenschlacht Wilhelmstrasse — Unter den Linden.

Im Zentrum tobte seit dem frühen Morgen eine erbitterte heftige Straßenschlacht. Ununterbrochen fest Maschinengewehrfeuer durch die Straßen zwischen Wilhelmstrasse und Unter den Linden. Die Wilhelmstrasse ist vollständig abgesperrt, wer zwischen den Postenketten hindurch geht, setzt sich der Gefahr aus, getroffen zu werden. Die Zahl der Opfer, die bedeutend ist, war bisher nicht genau festzustellen. Die bisherigen in den Kämpfen seit Sonntag auf beiden Seiten erlittenen Verluste betragen nach zuverlässiger Schätzung etwa 200 Tote und Verwundete.

Mittags gegen 1 Uhr griffen die Spartakisten in der Leipziger Straße, wo sehr großer Verkehr herrschte, mit Flammenwerfern und Maschinengewehren an. Der Eingang zur Wilhelmstrasse, die abgesperrt ist, wurde erfolgreich verteidigt. In einem Eckhaus der Neuen Wilhelmstrasse, in der Nähe von Unter den Linden haben sich spartakistische Banden eingenistet und werden dauernd von den Regierungstruppen unter Feuer gehalten. Kleinere umherziehende Banden der Spartakisten plündern die Geschäfte und rauben Soldaten und Zivilisten aus. Unter ihnen befinden sich viele junge Burken, die nur des Plünderens wegen mitlaufen. Sie scheuen sich nicht, selbst Trupps von Regierungsanhängern anzufallen, die zur Bewaffnung nach der Wilhelmstrasse ziehen wollen. An den Postenketten, die die Absperrung durchführen, sammeln sich große Mengen Neugierige, unter denen der Straßenkampf ebenfalls schon mehrere Opfer gefordert hat.

Am Brandenburger Tor tobt dauernd ein heftiger Kampf. Die Spartakusleute versuchen immer wieder die Stellung zu nehmen. Indessen halten die Regierungstruppen den überaus wichtigen Posten fest in der Hand.

Zu dem Sturm auf die Bahnhöfe erfahren wir weiter: Auf dem Anhalter Bahnhof und dem Potsdamer Bahnhof wurden gestern abend von Anhängern der Spartakusgruppe Putschversuche unternommen. Mit Geschützen, Maschinengewehren, Handgranaten und Panzerautos begaben sich Soldaten und Zivilisten nach diesen Bahnhöfen, stehen aber bei ihrem Vorhaben, die Bahnhöfe zu besetzen, auf Widerstand. Es kam zu Kämpfen zwischen den Spartakusleuten und Regierungstruppen, die die Bahnhöfe verteidigten, zu regelrechten Kämpfen, die sich bis in die Nacht hinein ausdehnten und bei denen es zahlreiche Tote und Verwundete gab. Die Angreifer mußten schließlich unverrichteter Sache umkehren.

Anhalter und Potsdamer Bahnhof sind von Regierungstruppen besetzt. Vor diesen Bahnhöfen ziehen dauernd große Demonstrationen für die Regierung vorbei.

Den ganzen Tag wüteten am Brandenburger Tor und vor dem Reichstag, in der Dorothienstraße und in der Wilhelmstraße außerordentlich heftige Maschinengewehrkämpfe, die eine größere Anzahl an Toten und Verwundeten forderten. Bis gegen Mittag beherrschten die regierungstreuen Truppen den ihnen angewiesenen Absperrungsbezirk vollkommen. Alle Angriffe der Spartakisten wurden bis dahin reiflos abgeschlagen.

Zivilisten und Soldaten.

Die Regierung hat sich nunmehr dazu entschlossen, zu ihrem Schutze und zum Schutze Berlins die ihr anhängenden Arbeiter und Soldaten zu bewaffnen. Die Bewaffnung ist bereits heute vormittags erfolgt. Augenblicklich aber steht die freiwillige Volkswehr noch Gewehr bei Fuß, um das Ergebnis der Verhandlungen abzuwarten, die zwischen den Unabhängigen und der Regierung eingeleitet sind.

Wiederbewaffnung der Schutzleute.

Die sozialdemokratische Partei hat die Wiederbewaffnung der Schutzleute zur Verbindung von Raub und Plünderung beauftragt. Die Kommandantur steht dem Wunsch sympathisch gegenüber. Auch wir halten es für sehr wünschenswert, wenn diese Maßnahme so schnell wie möglich durchgeführt wird.

Spartakusaufbruch im Reich.

Dortmund, 8. Januar. (Telegramm.) Hier kam es gestern abend zu einem Putsch der Spartakisten, die erneut versuchten, das Waffendepot in der Karlstraße zu stürmen. Dabei entwickelte sich eine lebhafte Schießerei zwischen der Sicherheitswehr und den Spartakusleuten; ein mit Waffen versehenes Auto wurde von der Sicherheitswehr beschlagnahmt. Vor dem Büro des Bezirkssoldatenrats, den sie ablegen wollten, hatten die Spartakisten Maschinengewehre aufgeschossen und schossen damit in die Menge. 17 Personen sollen verletzt worden sein. Die Sicherheitswehr verhaftete etwa 30 Spartakisten, ließ sie jedoch gegen 11 Uhr wieder frei. Sie zogen mit ihren Genossen unter Hochrufen auf Liebknecht und Rosa Luxemburg zur Druckerstraße der „Westfälischen Allgem. Volkszeitg.“, wo sie in die Druckereiräume eindrangen und den ganzen Betrieb besetzten. Sämtliche gedruckten Zeitungen wurden herausgetragen, auf einen Haufen geworfen und verbrannt. Am Mitternacht kam es abermals am Stadthaus zu einer heftigen Schießerei, wobei ein Mitglied der Sicherheitswehr getötet wurde.

Zwickau, 8. Januar. 8. Januar. (Telegramm.) Das Zwickauer „Volksblatt“ wurde gestern von Spartakusleuten besetzt.

München, 8. Januar. (Telegramm.) Die gestrigen ArbeitslosenDemonstrationen führten zu blutigen Zwischenfällen. So stürmten etwa hundert Arbeitslose das Ministerium des Innern. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen und schweren Drohungen gegenüber dem Minister Unterselkner. Nachdem die Ruhe wiederhergestellt war, steiz plötzlich auf der Straße Schüsse. Das war das Signal zu einem blutigen Kampfe; zwei Tote, ein schwerer und vier leichtverwundete blieben auf dem Kampfplatz. Berliner Spartakusleute und Münchener Kommunisten hatten, wie die „Münch. Allgem. Abendz.“ meldet, die Demonstranten aufgebeht.

Draanschweig, 7. Januar. (Telegramm.) Die Spartakusgruppe besetzte heute die bürgerlichen Blätter „Draanschweiger N. N.“, „Draanschw. Landeszeitung“ und „Draanschw. Allgem. Anzeiger“.

Terror in Düsseldorf.

Eigener Drahtbericht.

H. N. Düsseldorf, 8. Januar. Auch im rheinisch-westfälischen Industriegebiet greift die Spartakusbewegung an sich. In Düsseldorf ist es gestern am Tage und während der Nacht zu Ausschreitungen gekommen. Die „Düsseldorfer Nachrichten“, der frühere Generalanzeiger wurde im Laufe der Nacht von Spartakusleuten besetzt. Redaktion und Druckerei wurden gezwungen, das Blatt als „Rote Fahne vom

Riederrhein“ erscheinen zu lassen. Auch die Redaktionen und Geschäftsräume der anderen bürgerlichen Zeitungen wurden von Spartakusanhängern besetzt und das Fertigmachen der Morgenblätter verhindert. Für heute werden große Kundgebungen gegen die Regierung Eberl-Scheidemann erwartet.

Arbeiterunruhen in England.

H. N. Haag, 7. Januar. Es liegen verschiedene Meldungen über ernste Arbeiterunruhen in England vor, die teilweise mit Bewegungen der Soldaten zusammenhängen. Der Streik der Angestellten der Brighton-Eisenbahn hat sich fast ausgedehnt und sehr viele Arbeiter anderer Berufe zum Sympathiestreik veranlaßt. Auch die Zentralwerkstätten der Eisenbahn sind zum Stillstand veranlaßt, da ein großer Teil der Maschinen und Werkstättenarbeiter sich an dem Streik beteiligen. In einer Versammlung wurde mit dem Generalstreik gedroht, wenn es nicht möglich ist, mit der Gesellschaft eine Einigung zu erzielen. Auch in der Schiffbau-Industrie sind Schwierigkeiten entstanden. Auf mehreren Werften sind die Arbeiter mit der neuen 45-Stunden-Arbeitswoche nicht zufrieden. In Schottland streiken überall die Arbeiter auf den Schiffswerften. Durch den Streik der Eisenbahner wird auch die Demobilisation gefährdet. Viele Soldaten weigern sich nach Frankreich zurückzukehren. Sie postieren sich an den Schiffen, um auch ihre Kameraden zurückzuhalten. 300 Mann des militärischen Materialdienstes in der Nähe von London haben sich mit ihrem Wagen nach London begeben, und dort vor dem Kriegsminister demonstriert. Die Regierung hat zugesagt, daß alle Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt werden sollen. Inzwischen sind mehrere tausend Soldaten von Shoreham und Brighton abgegangen, um gegen die Verzögerung der Demobilisation zu demonstrieren. Die Presse ist im allgemeinen mit der Haltung der Regierung einverstanden. Nur „Morning Post“ und „Daily Graphic“ erklären, daß die Demobilisation nicht beschleunigt werden könne, denn der Krieg sei noch nicht beendet und die Bolschewiken müßten erst besiegt werden. Der „Manchester Guardian“ verweist dagegen auf den Erfolg der Bewegung in Fokkione und anderen Orten und sagt, daß er nur zur Nachahmung raten könne.

H. N. Haag, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Aus London wird gemeldet: Die Arbeiter- und Soldatenunruhen gehen immer weiter. Zwar ist der Eisenbahndienst nicht vollkommen gestört, aber auf große Strecken liegen alle Verbindungen still. Es wurden in militärischen Zentren Versammlungen von Soldaten abgehalten, die eine Beschleunigung der Demobilisation verlangen, und die sich weigern, jetzt noch an die Front zu gehen. In den meisten Fällen haben ihre Führer die Erfüllung ihrer Wünsche versprochen oder auf eigene Faust Maßnahmen zur Beschleunigung der Demobilisation getroffen. Der Kriegsminister Lord Milner ist in ständiger Konferenz mit Sir William Robertson, dem Oberbefehlshaber der Streitkräfte in England. Lloyd George, der bekanntlich in Urlaub war, ist nach London zurückgekehrt, und widmet sich dort der Demobilisationsfrage. Er hat Besprechungen abgehalten mit führenden parlamentarischen Mitgliedern über die Zusammenstellung der neuen Regierung. Es wird aber vor Freitag keinerlei Erklärung über die Änderungen im Kabinett erwartet.

Opposition der englischen Arbeiterpartei.

Eigener Drahtbericht.

H. N. Haag, 8. Januar. Aus London wird gemeldet: Der Volksrat der Arbeiterpartei und die Arbeitermitglieder des Parlaments haben heute in einer gemeinschaftlichen Versammlung beschlossen, daß die Arbeiterpartei im Unterhaus, die bekanntlich nach dem Einverständnis, die nicht ins Parlament kommen werden, die kräftigste Partei ist, als offizielle Oppositionspartei auftreten wird.

Größere Löhne in Englands Heer und Flotte.

Eigener Drahtbericht.

H. N. Haag, 8. Januar. Aus London wird gemeldet: Die britische Admiralität teilt mit, daß als Ergebnis einer vorläufigen Untersuchung die Notwendigkeit festgestellt wurde, gewisse Änderungen bei den Löhnen der Matrosen und Offiziere vorzunehmen. Es wird eine neue Kommission ernannt, unter Präsidium von Sir Martin Jellman, welche in England und außerhalb des Landes Information über diese Fragen sammeln wird.

Mißglückter Staatsstreik in Warschau.

Eigener Drahtbericht.

H. N. Haag, 7. Januar. Aus London wird gemeldet: Die „Times“ vermeldet aus Warschau, daß Sonntag vormittag vorbereitende Maßnahmen zum Umsturz der Regierung in Angriff genommen worden sind. Die Leiter der Komplotts waren Prinz Ostachus Sopieha und Prinz Kays Jantis. Ihre Absicht war, die Regierung durch eine neue zu ersetzen, die alle Parteien verteilte. Im Laufe des Morgens besetzten sie mit 200 bis 300 Mitgliedern die verschiedenen wichtigen Gebäude, während kleinere Gruppen noch den Privathäusern des Premierministers Morazewski und des Ministers des Innern Wasilowski sowie des Ministers des Innern Thugut zogen und diese durchsuchten. Zwei andere, unter ihnen der Polizeichef, wurden ebenfalls in ihrem Hause festgenommen. Im Hause Thuguts wurde die Privatwache getötet. Der Staatsstreik mißglückte aber. Kein einziger Minister ist zurückgetreten und mittags sah man bereits alle friedlich nebeneinander gehen.

Amerikas 100-Mill.-Unterstützung.

Eigener Drahtbericht.

H. N. Haag, 8. Januar. Die Kommission des Abgeordnetenhauses hat Präsident Wilsons Antrag aufgeheben, 100 Millionen Dollars zur Unterstützung der feindlichen Länder vorzulegen. Der Antrag wurde heute im Abgeordnetenhaus eingereicht. Der Präsident legt großen Wert darauf, daß der Antrag sofort behandelt werden wird.

Das Programm der Friedenskonferenz.

Eigener Drahtbericht.

H. N. Haag, 8. Januar. Aus Rotterdam wird gemeldet: „Nieuwe Rotterdammer Courant“ erfährt aus Paris: Für die Konferenz für den Frieden sind vorläufig drei Monate in Aussicht genommen. Am Ende des zweiten Monats wird der Vertrag, den die Alliierten aufstellen, feststehen und der Bevollmächtigten der feindlichen Länder vorgelegt werden, welche dazu nach Paris eingeladen werden. Sie erhalten einen Monat Zeit, die Forderungen der Alliierten ihren Regierungen zu unterbreiten. Das Abkommen bezieht sich auf die vorläufigen Friedensbedingungen: 1. einen Paragrafen über die Annahme und Gründung des Völkerbundes durch die Entente, 2. die Feststellung des Schadenersatzes, der von den Deutschen zu leisten ist und die Zahlungsweise, 3. die Feststellung der Grenzen.